



Sprechzettel  
der Stellvertretenden Ministerpräsidentin  
des Landes Nordrhein-Westfalen,  
Sylvia Löhrmann

### **Jahresauftaktpressekonferenz 2015**

„Wir haben für NRW noch viel vor“

15. Januar 2015

*– Es gilt das gesprochene Wort –*

Anrede und Begrüßung,

die Landesregierung steht erneut am Beginn eines arbeitsreichen Jahres. Wir haben uns für 2015 viel vorgenommen.

Der Koalitionsvertrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN trägt die Überschrift „Verantwortung für ein starkes NRW – Miteinander die Zukunft gestalten“. Das gilt unverändert. Wir gehen die Dinge gemeinsam und vertrauensvoll an und arbeiten unseren Koalitionsvertrag systematisch ab. Wir haben Wort gehalten und schon sehr viel erreicht.

Mit dem **Stärkungspakt Kommunal Finanzen** helfen wir den Kommunen aus der Schuldenfalle. Mit dem **Nichtraucherschutzgesetz** haben wir den Gesundheitsschutz entscheidend verbessert. Und wir haben gemeinsam **energiepolitische Leitentscheidungen** getroffen, einschließlich Garzweiler II.

In allen Bereichen der **Bildungspolitik** sind zentrale Vorhaben umgesetzt. Weil wir wissen: Unsere Kinder und Jugendlichen sind unsere Zukunft.

Das sind nur wenige Beispiele, die zeigen, dass die Landesregierung über Ressortgrenzen hinweg erfolgreich zusammenarbeitet. Und so werden wir es auch in Zukunft halten: in der Haushaltspolitik, beim Landesentwicklungsplan, bei der anstehenden Umsetzung des Klimaschutzplans oder auch beim Schwerpunkt Digitales NRW.

Ich möchte Ihnen nun einen Ausblick auf die Arbeit der grüngeführten Häuser geben.

Markenzeichen dieser Regierung sind Beteiligung und die Stärkung der Verantwortlichkeit vor Ort. Wir setzen uns klare Ziele, an denen wir kontinuierlich, planvoll und vernetzt arbeiten. Die Menschen stehen dabei konsequent im Mittelpunkt. Nicht nur passiv, sondern aktiv, indem wir sie beteiligen.

Wie wir dies tun, wird deutlich am Beispiel der **Alten- und Pflegepolitik**, in der die Mitbestimmungsmöglichkeiten und Selbstbestimmungsrechte deutlich gestärkt wurden. Wir unterstützen die Kommunen bei der Entwicklung **altengerechter Quartiere**. Auch hier geht es um Hilfe zur Selbsthilfe und um die Beteiligung der Menschen vor Ort.

Für ein würdevolles Altern ist neben altengerechtem Wohnen auch das Sterben in Würde wichtig. Stationäre Pflegeheime erhalten deshalb Unterstützung beim Aufbau einer professionellen Sterbebegleitung. Wir helfen ihnen dabei, sich mit ambulanten Palliativ- und Hospizteams zu vernetzen.

Eine gute Investition in die Zukunft ist die Ausbildungsabgabe für die **Sicherung des Altenpflegenachwuchses**, die inzwischen jede in der Pflege tätige Einrichtung leisten muss. 70 Prozent mehr Auszubildende in der Altenpflege bis Ende 2014 sind ein großer Erfolg in einem wichtigen Sektor.

Nicht immer sind die Ergebnisse eines solchen, in langen Linien angelegten Politikansatzes sofort ersichtlich. Wie notwendig und richtig dies ist, zeigt auch die **Krankenhausplanung**, bei der es nach jahrelangem Stillstand endlich wieder eine klare Rahmenplanung gibt und die mit der Festlegung von Qualitätsstandards bundesweit Maßstäbe gesetzt hat.

Auch der **Maßregelvollzug** ist jetzt auf einem guten Weg. Mit Blick auf die künftigen Generationen war die Einführung einer kontinuierlichen Bedarfsplanung ein entscheidender Schritt in die richtige Richtung. Ungeachtet aller Probleme, die es immer mal wieder im Detail gibt: Von fünf geplanten neuen Standorten stehen mit Hörstel, Haltern am See und Lünen drei nach aufwändigen Beteiligungsverfahren fest.

Nordrhein-Westfalen war 2013 das erste Bundesland, das ein **Klimaschutzgesetz** mit verbindlichen Minderungszielen verabschiedet hat. Bis 2020 wollen wir die Treibhausgase um mindestens 25 Prozent und bis zum Jahr 2050 um mindestens 80 Prozent [im Vergleich zu 1990] verringern. Wir sind damit bundesweit Vorreiter beim Klimaschutz.

In den kommenden Jahren werden wir 600 Millionen Euro für innovative Klimaschutzprojekte zur Verfügung stellen. Zusammen mit weiteren 250 Millionen Euro im Impulsprogramm Kraft-Wärme-Kopplung wollen wir die Energiewende in NRW vorantreiben.

Die Landesregierung hat ein breites Beteiligungsverfahren durchgeführt, um einen von unten getragenen **Klimaschutzplan** zu erarbeiten. Darin werden konkrete Einzelmaßnahmen festgelegt, mit denen die verbindlichen Klimaschutzziele erreicht werden sollen. Derzeit stellt die Landesregierung den Klimaschutzplan auf, sodass er 2015 zeitnah in den Landtag eingebracht werden kann.

Vor drei Jahren haben wir den massiven Missbrauch von **Antibiotika in der Tiermast** nachgewiesen. Eine Studie im Auftrag des Verbraucherschutzministeriums hat ergeben, dass an über 90 Prozent der Masthühnchen Antibiotika verabreicht werden. Das hat eine bundesweite Debatte ausgelöst, die dazu geführt hat, dass die Bundesregierung das Arzneimittelgesetz ändern musste. **Gesunde Lebensmittel** und **nachhaltige Landwirtschaft** sind Zukunftsthemen, an denen wir weiter arbeiten werden. Zum Beispiel mit der Initiative „NRW isst gut“ zur Förderung guter, gesunder, regionaler Lebensmittel.

Nordrhein-Westfalen hat auch den **Tierschutz** verbessert. Mit dem neuen Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine geben wir dem Tierschutz eine Stimme.

Wasser ist nicht nur unser wichtigstes Lebensmittel. Lebendige und natürliche Flüsse, Seen und das Grundwasser sind die Lebensadern unseres Landes. Deshalb wollen wir die Qualität unserer Gewässer verbessern. Wir werden einen umfangreichen Maßnahmenkatalog zum **Schutz unserer Gewässer** auf den Weg bringen, der bis 2021 umgesetzt werden soll.

Auch in der **Schulpolitik** geht es um langfristige Entwicklungen. Kontinuität ist Trumpf, kurzatmiger Aktionismus ist fehl am Platz.

Unser Ziel ist eine leistungsstarke, vielfältige und gerechte Schule. Wir wollen mehr Schülerinnen und Schüler zu besseren Abschlüssen führen. Und wir wollen die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft weiter verringern.

Daran arbeiten wir kontinuierlich und mit einem klaren Kurs.

Mit der **Bildungskonferenz**, dem **Schulkonsens**, der Einführung des **islamischen Religionsunterrichts** und dem Gesetz zur **schulischen Inklusion** haben wir die entscheidenden Weichen gestellt.

2015 werden wir alle diese Prozesse mit Augenmaß weiter voranbringen.

Das betrifft zum Beispiel auch die Empfehlungen des Runden Tisches zur **Schulzeitverkürzung**. Die geplanten Entlastungen sollen zum kommenden Schuljahr in Kraft treten.

Der **Schulkonsens** von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat einen jahrelangen schulpolitischen Reformstau aufgelöst. Er ist heute eine stabile Grundlage für die Schulentwicklung in Nordrhein-Westfalen, und die Landesregierung setzt die Vereinbarungen aus dem Schulkonsens weiterhin konsequent um.

Nordrhein-Westfalen befindet sich **auf dem Weg zur inklusiven Schule** – als eines der ersten Bundesländer auf rechtlicher Grundlage – und wir gehen dabei Schritt für Schritt voran.

Um die Lehrkräfte systematisch auf die neuen Entwicklungen vorzubereiten, steht 2015 die Novelle des **Lehrerausbildungsgesetzes** an. Dabei werden die Erfordernisse der Inklusion – und auch der Digitalisierung – im Mittelpunkt stehen.

Die Grundstrukturen des Lehrerausbildungsgesetzes von 2009 sollen erhalten bleiben. Es sollen aber konkretere Anforderungen formuliert werden.

So wollen wir alle zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer auf den **professionellen Umgang mit Vielfalt und Inklusion** vorbereiten.

Nordrhein-Westfalen ist das erste Bundesland, das im Schuljahr 2012/13 den **islamischen Religionsunterricht** eingeführt hat. [64 Lehrkräfte unterrichten 6.500 Schülerinnen und Schüler an 92 Schulen.]

Die Rückmeldungen aus den Schulen zeigen mir, dass dies die richtige Entscheidung im Interesse der Kinder und unserer Gesellschaft war und ist. Bei meinen Schulbesuchen erlebe ich außerordentlich viel Zustimmung von Kindern und Eltern.

Die Bezirksregierung Köln bietet ab dem 1. Februar einen einjährigen Zertifikatskurs an, um weitere Lehrkräfte für den islamischen Religionsunterricht zu qualifizieren.

Mit dem islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache nach modernen religionspädagogischen Grundsätzen setzen wir ein Grundrecht um. Der islamische Religionsunterricht ist ein Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung für die Muslime in unserem Land. Das ist gelebte Integration und gerade im Moment ein Beitrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Im Politikfeld **Digitales NRW** ergeben sich für alle Ressorts wichtige Entwicklungsperspektiven. Dabei steht immer die Frage im Vordergrund: Was dient dem Menschen?

Im **Schulbereich** fangen wir nicht bei null an. Es gibt zahlreiche Initiativen und Maßnahmen, die sich mit dem Thema digitales Lernen beschäftigen. Ich nenne nur den „**Medienpass NRW**“.

Der Dortmunder Schulforscher Professor Wilfried Bos hat Anfang dieser Woche bei einer Veranstaltung zur ICILS-Studie [*International Computer and Information Literacy Study*] ausdrücklich betont, dass die erforderlichen Maßnahmen zur Förderung der Computer-Fähigkeiten anschlussfähig zu dem sind, was wir bisher in NRW schon auf den Weg gebracht haben.

Wir wollen Lehrerinnen und Lehrer besser mit den **Chancen moderner Medien für das Lernen** in der Schule vertraut machen. Dazu werden wir für die Lehrkräfte unseres Landes einen sicheren digitalen Arbeitsraum im Internet einrichten. Und wir werden die Zentren für die schulpraktische Lehrerausbildung einbeziehen.

LOGINEO heißt diese sichere Plattform für den digitalen Austausch. So erhalten Lehrerinnen und Lehrer etwa die Möglichkeit, online mit Dokumenten zu arbeiten, die sie ganz konkret für ihren Unterricht individualisieren und nutzen können.

Gerade mit Blick auf das Lernen in heterogenen und inklusiven Lerngruppen bieten digitale Medien beste Möglichkeiten zur individuellen Förderung. Beispiele dazu gibt es schon heute in der NRW:

Die **Bildungssuchmaschine „learn:line NRW“** bietet Lehrerinnen und Lehrern den sicheren Zugang auf mehr als 25.000 freie Lern- und Bildungsmittel nach Schulformen und fachspezifischen Kriterien.

[Der Umgang mit Medien ist eine Schlüsselkompetenz, und sie hat verschiedene Dimensionen. Jetzt soll die **Dimension Programmieren** hinzukommen.]

Im Zuge der **Novelle des Lehrerausbildungsgesetzes** werden wir die zweite Phase der Lehrerausbildung so weiterentwickeln, dass Medienkompetenz und die Anwendung digitaler Medien einen obligatorischen Stellenwert erhalten, d.h. dass z.B. die Lehrprobe eines Faches unter dem Gesichtspunkt der Medienkompetenz gestaltet sein muss.

Zum gesamten Feld Digitales Lernen werde ich Sie – wenn wir unsere Pläne konkretisiert haben – gesondert informieren.

Auch für das Gesundheitsministerium steht 2015 im Zeichen der Umsetzung von Projekten zur **Digitalisierung des Gesundheitswesens**.

Wir starten im Leitmarkt Gesundheit einen **Wettbewerb zur Förderung von Projekten zur Verbesserung der sektorübergreifenden Versorgung** mit einem Gesamtvolumen von 50 Millionen Euro (EFRE) mit drei thematischen Schwerpunkten:

- bedarfsgerechte Versorgung im Quartier,
- die Optimierung einer sektorübergreifenden gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung, insbesondere für Menschen mit Demenzerkrankungen,
- medizintechnische, telematische und telemedizinische Produkte und Dienstleistungen.

Mehr Qualität und Wirtschaftlichkeit sind das erklärte Ziel. Telemedizin- und Telematikanwendungen, aber auch die Medizintechnik, tragen nachweislich dazu bei, die Inanspruchnahme von medizinisch-therapeutischen Leistungen zu verringern, Pflegebedarf zu reduzieren und damit die Qualität und die Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen zu erhöhen.

Für das Ressort von Minister Rammel ist die Digitalisierung eine zentrale Herausforderung. Eine gut ausgebaute Kommunikationsinfrastruktur ist ein wesentlicher Standortfaktor. Die Unternehmen und Menschen brauchen schnelle, leistungsfähige und kostengünstige Informationstechniken. Die **Breitbandtechnologie** muss deshalb auch für den ländlichen Raum immer stärker zur Verfügung gestellt werden.

Im Rahmen des Programms „Ländlicher Raum“ haben daher Angebote zum Ausbau der Breitbandversorgung schon heute einen großen Stellenwert, der auch im neuen Programm gewährleistet sein wird. 2013 wurden dazu im Programm „Ländlicher Raum“ erstmals zusätzliche Erleichterungen für besonders finanzschwache Kommunen eingeräumt. Die Finanzierung werden wir im neuen Förderprogramm fortsetzen.

Sie sehen, die Landesregierung hat sich viel vorgenommen. Nordrhein-Westfalen ist ein vielfältiges, weltoffenes und starkes Land. Wir wollen, dass das auch in Zukunft so bleibt. Dafür arbeiten wir gemeinsam: für eine gute Bildung, eine starke Wirtschaft und für eine lebenswerte und soziale Heimat.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!